

Putin auf dem Weg zur Militärreform

Herspring, Dale

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Herspring, D. (2005). Putin auf dem Weg zur Militärreform. *Russland-Analysen*, 71, 2-4. <https://doi.org/10.31205/RA.071.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Putin auf dem Weg zur Militärreform

Dale Herspring, Manhattan, Kansas

Zusammenfassung:

Auch wenn noch viel zu tun bleibt, hat Putin doch den langen und langwierigen Prozess einer Reform des Russischen Militärs in Gang gebracht. Dabei gibt es keine Erfolgsgarantie. Die Probleme, denen die Streitkräfte gegenwärtig ausgesetzt sind, sind immens. Aber zum ersten Mal seit 1985 werden sie systematisch angegangen. Das Ergebnis ist mehr Stabilität und größere Berechenbarkeit – Faktoren, die für die militärische Führung von größter Wichtigkeit sind.

Der Hase und die Schildkröte

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung vertrete ich die Ansicht, dass Putin eine systematische, wenn auch bisher nicht abgeschlossene und sicherlich nicht perfekte Reform des russischen Militärs in Angriff genommen hat. Statt Gorbatschows Desinteresse und Jelzins Politik des Chaos bietet Putin der militärischen Führung das, was sie am meisten schätzt: Stabilität und Berechenbarkeit. Das bedeutet nicht, dass ein Ende der Reformen in Sicht wäre, oder dass es dieses überhaupt geben wird. Wenn man allerdings den chaotischen Zustand des Militärs bei Putins Amtsübernahme betrachtet (Flugzeuge, die nicht fliegen, Schiffe, die nicht seetüchtig sind, zerfallende Panzer, eine Moral auf dem Tiefstand und eine Menge sozialer Probleme), sieht die Welt 2005 für die Generäle wesentlich besser aus als im Januar 2000.

Zunächst ein paar Worte zu Putin selbst. Warum? Weil sein militärischer Ansatz sich in seinem Politikansatz widerspiegelt. Im Jahr 2000 entschied Putin, dass das Land in erster Linie *Stabilität* brauchte. Jelzin war ein Revolutionär gewesen und er hatte den Kommunismus zerschlagen. Nun aber brauchte das Land nach Auffassung Putins eine ruhigere Gangart.

Zum Zweiten ist Putin ein Pragmatiker. Bei ihm gibt es keine vorgefertigten Lösungen; er arbeitet problemorientiert. Es ist für ihn unerheblich, ob ein Lösungskonzept von der Rechten oder Linken kommt. Überhaupt denkt Putin nicht ideologisch. Die Kommunistische Weltanschauung schuf ein Chaos in Russland. Diesen Fehler will Putin nach eigener Aussage nicht wiederholen.

Zum Dritten ist Putin ein Bürokrat, was angesichts seines KGB-Hintergrundes nicht überrascht. Er schätzt Institutionen wie das Militär, weil dessen Mitarbeiter ausgebildet sind, Probleme zu lösen, und verstehen, Anweisungen einer zentralisierten Kommandostruktur zu folgen. Viertens glaubt Putin an die Existenz einer eigenständigen russischen politischen Kultur. Er ist davon überzeugt, dass die Probleme des Landes *po-russki* gelöst werden, nicht nach einem westlichen oder irgendeinem anderen Modell. Schließlich ist Putin ein Gradualist. Er glaubt an die Methode der kleinen

Schritte bei der Lösung der Probleme des Landes. In Aesops Fabeln ist er die Schildkröte, nicht der Hase. Um zum Militär zurückzukehren: Was hat Putin angesichts der ihm chaotischen Situation unternommen, die er von seinem Vorgänger geerbt hat?

Probleme, Probleme (1)

Bei seinem Amtsantritt fand Putin im Verteidigungsministerium eine Situation vor, in der alle kämpften. Sein Verteidigungsminister, Marschall Igor Sergejew und der Generalstabschef, General Anatoli Kwaschnin waren ineinander verbissen – ein bürokratischer Ringkampf, der für den Kreml peinlich war. Putins löste das Problem, indem er beide Männer scharf anging, sich aber Zeit dabei ließ, Sergejew in den Ruhestand abzuschieben. Kwaschnins Eintreten für konventionelle Streitkräfte hielt er für berechtigt. Die Nuklearwaffen, die Sergejew befürwortet hatte, waren im Tschetschenienkonflikt nutzlos und hätten auch das „Rennen nach Pristina“ nicht ermöglicht.

Außerdem blieb da das Dauerproblem der Personalergänzung für die Streitkräfte. Die demographische Misere führt dazu, dass die Zahl der verfügbaren Rekruten ständig abnimmt und es in einigen Jahren unmöglich sein wird, die Streitkräfte mit Personal zu versorgen. Wieder entschied sich Putin für schrittweises Vorgehen. Die Generäle lehnten die Abschaffung der Wehrpflicht ab – aus patriotischen, aber auch finanziellen Gründen (wer hätte dann ihre Datschen bauen, und wen hätten sie gegen Entgelt an Unternehmer verliehen sollen?). Statt eine sofortige Veränderung der Situation zu fordern, drängte Putin die Generäle dazu, Zeitsoldaten, den so genannten *kontraktniki*, eine größere Rolle einzuräumen. Die Generäle widersetzten sich aber dieser Vorstellung und Kwaschnin versuchte den Truppenversuch in der 76. Luftwaffendivision in Pskow zu torpedieren. Nichtsdestoweniger, trotz Kwaschnins Anstrengungen und trotz der enormen Probleme in nahezu jedem Bereich – Wohnungsfrage, Infrastruktur, Entlohnung, Personalrekrutierung und -unterhalt – ist Anfang 2005 klar, dass sich Russland langsam in Richtung einer zweigliedrigen Armee bewegt. Rund 144.000 Zeitsoldaten (*kontraktniki*),

denen die Kampfeinsätze obliegen, werden in eine Anzahl „Eingreifereinheiten“ gegliedert. Diese werden aus der 42. Infanteriedivision in Tschetschenien, der Marineinfanterie, den Luftlandetruppen, der Speznas (Spezialkräfte), den U-Booten und anderen Eliteverbänden bestehen, während die Dienstzeit der Wehrpflichtigen von zwei auf ein Jahr reduziert wird. Nach Ableistung des Dienstes bleiben sie Reservisten.

Bedenken bereitet momentan, dass nahezu 40% der Zeitsoldaten Frauen sind – Töchter und Ehefrauen der Soldaten, die keinen Dienst an der Waffe verrichten. Deren Familien aber die Einkommen benötigen, insbesondere in abgelegenen Standorten.

Befehl und Gehorsam

Die wichtigste strukturelle Umgestaltung, die Putin vornahm, war die Abschaffung des Jelzin-Arrangements, wonach der Generalstab theoretisch dem Verteidigungsminister unterstand, jedoch eigentlich die operative Befehlsgewalt über die Streitkräfte innehatte. Dass Kwaschnin noch dazu Mitglied im **nationalen** Sicherheitsrat war, ermöglichte es ihm, den Verteidigungsminister Sergej Iwanow – ein enger Freund und Vertrauter Putins – zu übergehen. Putin tat zwei entscheidende Schritte. Zunächst wurde der Artikel 13.2 des Verteidigungsgesetzes von 1996 dahingehend geändert, dass der Generalstab nun dem Verteidigungsminister unterstellt war und seine operative Verantwortlichkeit verlor. Von nun an sollte er sich auf Planungsaufgaben konzentrieren. Indes wurde Kwaschnin zu Gunsten seines Stellvertreters, des intellektuelleren und weniger aggressiven Juri Balujewski, gefeuert. Nun ist die Befehlsgebung klar geordnet – sie läuft von Putin über Iwanow zu Balujewski.

„Wir brauchen mehr Geld“

Wie jeder, der sich mit der Geschichte der Militärreform in Russland beschäftigt hat, weiß, haben sich die Generäle stets hinter Finanzproblemen versteckt. Was auch immer die Politik vorschlug, die Antwort lautete immer „wir brauchen mehr Geld“. Auch wenn das vielfach eine Ausrede war, steht doch fest, dass Jelzin das Militär derart aushungerte, dass zivile Kraftwerke die Stromversorgung wegen mangelnder Zahlungen einstellen, dass Soldaten Pilze zur Aufbesserung ihrer Verpflegung sammelten oder dass russische Streitkräfte in Tschetschenien so erbärmlich versorgt waren, dass sie Waffen und Munition aus dem 2. Weltkrieg benutzen und von einer Bank gestiftete Schuhe tragen mußten.

Putin erhöhte unverzüglich den Militäretat. Nicht in dem Umfang, wie von den Generälen gewünscht (sie forderten 3,5 % des Bruttosozialproduktes, bis 2005 waren es aber nur 2,8 %), aber mit dem Rückenwind eines steigenden Ölpreises begann er, Sold zu erhöhen, Ausbildungszeiten zu verlängern und Schritte in Richtung auf eine professionelleren Armee zu finanzieren. Dabei gab es auch deutliche Beschränkungen: bis 2008 werden keine neuen Waffen beschafft, weshalb in

der Zwischenzeit strukturell modernisiert werden muss. Auch standen nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die Besoldung dem zivilen Arbeitsmarkt anzupassen.

Kleine Reformfortschritte ...

In der Zwischenzeit hat die Putin-Administration einige „kleine“ aber wichtige Schritte unternommen, um das Leben im Militär rationeller zu organisieren. Um ein paar Beispiele zu nennen: Zunächst die Wohnungsfrage – ein Problem, das die Führung seit dem Abzug der Truppen aus Deutschland und Osteuropa umtreibt. Um dieses Problem anzugehen, führte das Militär ein neues Programm von Wohnungs-Zertifikaten für alle ein, die seit 2003 in die Streitkräfte eintreten. Das Militär bezahlt hierbei Geld auf das Konto des Berufssoldaten ein. Nach drei Jahren kann dieser das Geld abheben und zusammen mit einem Kredit der Bank eine Wohnung kaufen. Reicht das, um eine Wohnung in Moskau zu kaufen? Sicher nicht, aber es ist ein Anfang.

Zweitens – mit dem Problem des Rekrutenmangels konfrontiert, versuchte das Militär zunächst, die Zahl der Zurückstellungsgründe (etwa 25) zu reduzieren was allerdings in der Öffentlichkeit auf Widerstand stieß. Also kündigte Iwanow die Reduzierung der Militärfakultäten an Universitäten von 229 auf etwa 30 an. Studenten an diesen 30 Universitäten bekommen ein Stipendium im Austausch dafür, dass sie sich für mindestens drei Jahre als Reserveoffiziere verpflichten. Studenten anderer Universitäten, die ihren Wehrdienst nicht vorher abgeleistet haben, müssen nach ihrem Studium ein Jahr als einfache Wehrpflichtige dienen.

Die Putin-Administration betraute nicht nur eine Zivilperson (noch dazu eine Frau!) damit, die Finanzen des Verteidigungsministeriums in den Griff zu bekommen, sie führte auch klare Zuständigkeiten für die Beschaffung ein. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines zentralen Logistiksystems geplant. Verteidigungsminister Iwanow berichtet, dass es bei seinem Amtsantritt 52 verschiedene Abteilungen im Verteidigungsministerium, die alle zum Kauf von Militärgerät und Waffen sowie zur Inanspruchnahme von Forschungs- und Entwicklungsmitteln berechtigt waren. Heute gibt es nur noch eine solche Abteilung.

Schließlich – auch wenn das für viele westliche Leser weniger wichtig erscheinen mag – trug das Oberkommando in Tschetschenien in gewissem Sinne einen Sieg davon: der Einsatz der regulären Streitkräfte ist zeitlich begrenzt. Heute ist das Innenministerium in Tschetschenien zuständig. Der Beitrag des Verteidigungsministeriums ist auf etwa 30.000 Mann festgesetzt, die der 42. Division zugeordnet werden – ein sehr wichtiger Faktor aus der Sicht des Planers.

...und Rückschläge

Allerdings waren nicht alle Maßnahmen der Putin-Administration erfolgreich. Als Beispiel sei die Mo-

netarisierung genannt. Die Öffentlichen Verkehrsmittel in Russland haben ein Problem: Von der staatlichen Subventionierung, mit der die Verkehrsbetriebe früher finanziert wurden, ist man zur Eigenfinanzierung übergegangen. Nun gibt es eine Reihe Städte, in denen sehr viel Militär stationiert ist (z.B. Moskau, St. Petersburg). Früher konnten Angehörige der Streitkräfte die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos nutzen. Wenn die Soldaten nicht bezahlen, kann die Stadt (oder der Staat im Fall der Eisenbahn) das Transportsystem nicht modernisieren (z.B. durch Anschaffung neuer Busse oder Bahnwaggons). Folglich war der Druck hoch, dem Militär seine Freifahrten zu nehmen. Die Lösungsidee war, länger dienenden Soldaten Geld als Kompensation für die entstehenden Transportkosten zu zahlen. Leider erhielten sie zu wenig, wodurch es fast zu einer Revolte in dieser und in ähnlich gelagerten Problemen kam, bei denen Berufssoldaten und Ruheständler betroffen waren. Zwar erhöhte das Verteidigungsministerium die Mittel, die für solche Zahlungen an die Streitkräfte zur Verfügung standen, aber die Angelegenheit wurde insgesamt schlampig gehandhabt.

Probleme, Probleme (2)

Die Frage ist also: gelingt der Putin-Administration so die Militärreform? Wohl kaum. Konfuzius sagte angeblich „auch eine lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt“. Mehr als diesen hat Putin nicht getan – obschon man es im Vergleich zu Jelzins Bilanz einen „Großen Sprung nach vorne“ nennen könnte. Die Probleme sind Legion, zum Teil schlimmer als im Jahr 2000.

Immer noch scheiden viele Offiziere freiwillig aus dem Dienst aus. Neue Waffen werden nur langsam und spärlich beschafft (und ich meine wirklich langsam und spärlich). Verbrechen und Korruption sind weiterhin nicht unter Kontrolle. Moskau muss die Details zu Putins neuer „Terrorismus-Doktrin“ erst noch ausarbeiten. Außerdem ist da noch die abscheuliche Praxis der *dedowschtschina* – das Schikanieren jüngerer Soldaten durch ältere, ein Brauch, der nahezu völlig außer Kontrolle geraten ist, und jedes Jahr zum Selbstmord von Rekruten führt, die die Vergewaltigungen, Schläge und Demütigungen nicht mehr ertragen können..

Über den Autor

Dale Herspring, Professor für Politikwissenschaft an der Kansas State University (Manhattan, KS) und Mitglied des Rates für Internationale Beziehungen, ist ehemaliger US-Diplomat und Kapitän z.S. Er hat zehn Bücher und mehr als achtzig Artikel zum Thema der Beziehungen zwischen Zivil und Militär in Deutschland, Polen, Russland und den USA verfasst.

Literaturtipps

D.R. Herspring: Vladimir Putin and Military Reform in Russia, in: *European Security*, 14.2005, Nr. 1, S. 137–155.

D.R. Herspring, D.: „Putin and the Armed Forces“, in: D.R. Herspring (Hrsg.): *Putin's Russia. Past Imperfect, Future Uncertain*, Lanham, Md. 2004; S. 155–175.

A. Golts: The Russian Volunteer Military – a New Attempt?, in: *European Security*, 12.2003, Nr. 3–4, S. 53–65.

H. Adomeit: Putins Militärpolitik, Berlin: SWP April 2003 (= Stiftung Wissenschaft und Politik. DIIPS. SWP Studie S 16).

Bei dem Versuch, diese Probleme in den Griff zu bekommen, geht das russische Oberkommando von bestimmten Annahmen aus. Es unterstellt zum einen, dass strukturelle Veränderungen wie die einjährige Dienstzeit, die Wiederbelebung des Wachdienstes, um gegen Disziplinverstöße vorzugehen, und die bessere Qualität der Rekruten aus den Universitäten die *dedowschtschina* beseitigen werden. Die westliche Antwort auf dieses Problem ist der länger dienende Unteroffizier, der in allen westlichen Armeen eigentlich den Truppenalltag kontrolliert. Es gibt Gerüchte, dass Unteroffiziere der *kontraktniki* den Kasernen zugeteilt werden, um die Missbräuche zu unterdrücken, aber viele russische Offiziere möchten nicht so viel Autorität an Untergebene abtreten. Es gibt sogar Berichte, wonach sich höhere Offiziere an die russische Geistlichkeit gewandt haben mit der Bitte um Hilfe bei diesem Problem, aber auch bei anderen wie Kriminalität oder Korruption.

In Russland geht man weiterhin davon aus, dass der Ölpreis in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben wird. Das beflügelt den wirtschaftlichen Aufschwung und verschafft Putin die Mittel, die er zur Reform der Streitkräfte benötigt. Außerdem nimmt man an, dass eine wachsende Wirtschaft (und damit eine breitere Steuerbasis) mehr Geld für Löhne bedeutet, was wiederum dem Kreml Spielräume zur Lösung von Problemen wie Kriminalität und Korruption öffnet, von der Behebung der Schwierigkeiten bei Personalrekrutierung und -unterhalt ganz zu schweigen.

Drittens nimmt man in Russland an, dass Putins Nachfolger sich nach 2008 dem Umbau der Streitkräfte genau so verpflichtet fühlt wie Putin heute. Das bleibt abzuwarten.

Unter dem Strich kann man sagen, dass noch viel getan werden muss, dass das russische Militär von ernsthaften Problemen geplagt wird und dass es keine Erfolgsgarantie gibt. Andererseits bin ich der Auffassung, dass jeder, der die russische Armee schon abschreibt, dies auf eigenes Risiko tut. Putin hat mehr zum Umbau der russischen Armee getan, als ihm meist zugebilligt wird – im Westen und in Russland.

Übersetzung: Bastian Stenzel
Redaktion: Hans-Henning Schröder